

Newsletter 12/2021

# Koalitionsvertrag & Steuergerechtigkeit?

+++Mehr Gerechtigkeit auch ohne nennenswerte Steuerreform?+++Auf der Suche nach Vermögen ungeklärter Herkunft?+++Um die internationale Unternehmenssteuerreform wird weiter intensiv gefeilscht, von der Ampel gibt es maximal ein halbes Bekenntnis+++Globale Ungleichheit wächst+++Vorreiter in der Bekämpfung von Steuerhinterziehung?+++ Hör Tipp: Podcast Wirtschaftsfragen "Tax the Rich"

Newsletter - Dezember 2021

Diesen Monat steht unser Newsletter im Licht des Koalitionsvertrags und dem nahenden Jahresende. Wir haben Bilanz gezogen und freuen uns vor allem über die Fortschritte im Immobilienbereich. 2021 haben sich erst Stefan Bach und Sebastian Eichfelder ([DIW/Uni Magdeburg](#)) und rechtzeitig zum Höhepunkt der Koalitionsverhandlungen am 17.11 auch prominente Wissenschaftler von ifo, Uni Mannheim und Uni Köln ([Fuest/Hey/Spengel](#)) unseren [Vorschlägen für eine gerechtere Immobilienbesteuerung](#) von Ende 2020 „angeschlossen“. Besteuerung ist die deutlich mildere und zielgenauere, wenn auch weniger konsequente Alternative zur Enteignung. Unbezahlbares Wohneigentum ist kein Schicksal, sondern die Folge von (Steuer-)Subventionen für Immobilieninvestoren. Die meisten davon sind im Koalitionsvertrag leider nicht adressiert. Dafür gibt es dort die Zinshöhenstranke gegen die Verschiebung von Mieteinnahmen in Steueroasen über konzerninterne Kredite, den Versteuerungsnachweis für ausländische Immobilienkäufer, ein Immobilientransparenzregister und einen neuen Anlauf gegen die Share Deals. Eine Analyse des Koalitionsvertrags finden Sie [hier](#).

Christoph, David und Yannick

Vermögen und Erbschaft

## Mehr Gerechtigkeit auch ohne nennenswerte Steuerreform?

Laut einer aktuellen [ZEW-Studie](#) profitieren Haushalte mit einem Jahreseinkommen unter 20.000€ durch Kindergrundsicherung und Mindestlohn am stärksten von den finanziellen [Versprechen der Ampelkoalition](#) – wenn das Bundesverfassungsgericht den verbliebenen Soli nicht kippt und damit die

Steuern für Reiche durch die Hintertür senkt. Je nach Ausgestaltung und Soli-Entscheidung kosten die Reformen 17,6 Mrd. Euro oder bringen sogar bis zu 7,1 Mrd. Euro Zusatzeinnahmen. Vergleicht man das mit den Wahlprogrammen, ähnelt das sehr viel stärker den Plänen von Grünen und SPD (die seriös finanziert und auf kleine Einkommen ausgerichtet waren) als denen der FDP (die für große Finanzierungslücken gesorgt und vor allem hohe Einkommen entlastet hätten).

Trotzdem ist es bedauerlich, dass die Ampel wie erwartet, den allergrößten Teil des Umschichtungspotenzials von 75 bis 100 Milliarden Euro aus einem gerechteren und ökologischeren Steuersystem nicht hebt. Wie nötig das wäre, zeigen zwei ganz unterschiedliche Studien. Für die mit der Soli-Entscheidung anstehende Einkommenssteuerdebatte zeigt eine [ifo-Studie](#), dass der effektive Durchschnittssteuersatz im Vergleich zu 1991 für alle Einkommensgruppen gestiegen ist, mit Ausnahme der Haushalte mit Einkommen über 200.000 Euro für die der Satz um fünf Prozent gesunken ist – und das wohlgerneht nur bei der Einkommenssteuer und noch ohne all die neuen Steuerprivilegien für große Erbschaften, Vermögen und Vermögenseinkommen.

Mit einer ebenso wackeligen mathematischen Extrapolation der Reichenlisten zeigt ein [Böckler-Impuls](#), wie wackelig die derzeitige, auf Umfragen basierende Schätzung der Vermögensverteilung ist, und kommt zu dem Ergebnis, dass das reichste Prozent möglicherweise nicht 20 Prozent und auch nicht 35 Prozent, sondern möglicherweise 55 Prozent der Vermögen besitzen.

#### Weitere Nachrichten:

- **Die Bertelsmann-Stiftung dokumentiert das gebrochene Aufstiegsversprechen.** So fasst [Marcel Fratzscher](#) einen Trend zusammen, den OECD und Bertelsmann-Stiftung in einer neuen Studie dokumentiert haben. Die deutsche Mittelschicht ist in der Wirtschaftskrise bis 2005 geschrumpft (von 70 auf 64 Prozent) und hat sich auch nach 10 Jahren Boom bis heute nicht erholt. Ein wichtiger Grund dafür: die gewachsene Bedeutung von Bildung und die qua Geburt ungleichen Chancen diese zu erwerben und den Aufstieg zu schaffen.
- **Schädlicher Steuerwettbewerb um reiche Individuen (und Unternehmen) in der EU wächst und gedeiht.** Das zeigt eine neue [Studie des EU Tax Observatory](#). Schätzungsweise gehen der EU dadurch jedes Jahr mindestens 4,5 Mrd. Euro an Steuereinnahmen verloren. In der Code of Conduct Group der EU wehren sich einige Staaten seit langem dagegen auch gegen diese Form des schädlichen Steuerwettbewerbs vorzugehen. Das müsste sich dringend ändern. In der Zwischenzeit können sich Staaten mit nationalen Maßnahmen wehren – zumindest auf dem Papier ist Deutschland hier mal vorbildlich.
- **Soziale Rhetorik, neoliberale Praxis.** Das hatte schon unsere Analyse des AfD-Wahlprogramms gezeigt. Die Otto-Brenner-Stiftung präsentiert jetzt eine [umfassende Auswertung](#) von Programmen, Anträge, Debattenbeiträge im

Bundestag und Abstimmungsverhalten der AfD und zeigt, dass sie zwar „die neue Partei des kleinen Mannes“ sind, aber nicht in dessen Interesse agieren.

## Schattenfinanz und Geldwäsche

### Auf der Suche nach Vermögen ungeklärter Herkunft?

Auf den ersten Blick ist die Gewerkschaft der Polizei mit ihrer Forderung einer umfassenden Zollreform gescheitert. Auf den zweiten Blick offenbart sich Erstaunliches: Der Koalitionsvertrag verspricht einen „Versteuerungsnachweis“ für ausländische Immobilienkäufer und Christian Lindner hat in einem Spiegel-Interview dieses Versprechen für sich reklamiert. Da stellt sich die Frage: Meinen GdP, FDP und NWSG am Ende vielleicht das Gleiche, wenn sie fordern, aktiver nach Vermögen ungeklärter Herkunft zu suchen und im Zivilverfahren (ohne strafrechtlichen Anfangsverdacht) die Herkunft zu klären – also nachzufragen, wo das Geld für die Immobilie der ausländischen Briefkastengesellschaft herkommt? Und ansonsten zu beschlagnahmen, weil genauso wie von den nicht deklarierten Zigaretten im Kofferraum vom nicht deklarierten Vermögen auf dem Bankkonto eine Gefahr für die Gesellschaft ausgeht! Passend dazu gibt es im Koalitionsvertrag der Ampel für den Bund das Versprechen, Datenbankgrundbuch und Transparenzregister zu verknüpfen, und im Koalitionsvertrag von Rot-Grün-Rot in Berlin den Plan, in einem Mietenregister auch die Information zum wirtschaftlich Berechtigten zu erfassen (und den Vermieter zur Erklärung zu verpflichten).

#### Weitere Nachrichten:

- **Sportwetten in der Premier League – die Billionen-Dollar Waschanlage mit Verbindung zum Wirecard-Skandal?**

Der [Beitrag von Josimar](#) ist schon ein paar Monate alt. In spannendem Detail dokumentiert er wie chinesische Wettanbieter mit Registrierung in der philippinischen Sonderwirtschaftszone, mit Zulassung und bester Regierungsverbindung auf der Isle of Man und meistens komplett in Chinesisch zu den größten Sponsoren der Premier-League aufgestiegen sind. Passend dazu behauptet jetzt der Anwalt von Markus Braun, dass die philippinischen Treuhandvermögen doch keine puren Luftbuchungen waren. Hat Wirecard vielleicht bei der Geldwäsche geholfen und hinter der Schutzbehauptung steckt doch ein Körnchen Wahrheit?

- **Mal wieder eine gekaperte Bank, US-Trusts und US-Immobilien.** Das Leak war viel kleiner als Pandora Papers & Co, aber mindestens genauso spannend. Millionen von Bankunterlagen des kongolesischen Ablegers der gabunischen BGFIBank [zeigen ein typisches Geldwäschemuster](#): Bank kapern, Geld von der Zentralbank und anderen staatlichen Institution auf das private Konto lenken, von der gekaperten

Bank über eine Korrespondenzbank (in diesem Fall u. a. die deutsche Commerzbank) auf das Konto eines anonymen Trusts in den USA überweisen und dann schicke Immobilien erwerben.

- **Right now, the best place to hide and launder ill-gotten gains is actually the US.** Nein, das ist nicht die Pressemitteilung zum neuen Schattenfinanzindex (kommt Anfang 2022), sondern ein [Statement der US-amerikanischen Finanzministerin Janet Yellen](#) auf dem Summit for Democracies. Übrigens begleitet von einer sehr ambitionierten Reformagenda. Und ja, es war komisch, dass China, Russland, Ungarn und die Türkei nicht eingeladen waren, Bolsonaro aber über seinen „erfolgreichen“ Kampf gegen Korruption in Brasilien sprechen durfte. Mindestens genauso komisch, dass Deutschland sich anders als fast alle anderen geladenen Gäste gar nicht zu Wort gemeldet hat.
- **Vermögensverwalter und Fondsmanager als Geldwäscher – 12 Beispiele.** Passend zum Summit for Democracy thematisiert die [FACT Coalition](#) die fehlenden Sorgfaltspflichten für Fondsmanager in den USA und zeigt an 12 mehr oder weniger passenden und mehr oder weniger detaillierten aber insgesamt spannenden Beispielen, wie Hedge-Fonds, Private Equity & Co bei der Geldwäsche helfen. Ein Beispiel: Finacor, ein Schweizer Vermögensverwalter, hat das unversteuerte Geld seiner US-Kunden über Treuhänderkonten bei Schweizer Banken vor dem Informationsaustausch verborgen.
- **Geldwäsche schadet der Umwelt.** In diesem spannenden [Geldwäsche-Fall](#) treffen die üblichen Verdächtigen – ukrainische Oligarchen, Zypern, die Deutsche Bank in New York, die Briefkastenfirma aus Delaware – auf heruntergekommene und extrem umweltschädliche Stahlwerke in der US-amerikanischen Provinzen und US-amerikanische Politiker, die sich – zum Schutz von Wirtschaft und Arbeitsplätzen – mit viel Verve für die schmutzigen Geschäfte einsetzen.

## Unternehmenssteuern

### **Um die internationale Unternehmenssteuerreform wird weiter intensiv gefeilscht, von der Ampel gibt es maximal ein halbes Bekenntnis**

Ähnlich wie die Journalisten bei den deutschen Koalitionsverhandlungen beschwerte sich Business@OECD vor drei Wochen [in einem bemerkenswerten Brief](#) über den mangelhaften direkten Zugang der Lobbyisten zur OECD und den Arbeitsgruppen und fordert eine bessere Einbindung in die Verhandlungen in den nächsten Monaten. Das zeigt: An den Details der OECD/G20-Unternehmenssteuerreform wird weiter gefeilscht. Die für Ende November angekündigten Details zur Umsetzung von Pillar 2 lassen weiter auf sich warten.

Auf Nachfrage der BEPS Monitoring Group hat die OECD jetzt eine weitere öffentliche Konsultation für Anfang 2022 angekündigt.

Welche Schlupflöcher dabei möglicherweise drohen, haben wir schon im letzten Newsletter beschrieben. Im Koalitionsvertrag werden nationale Abwehrmaßnahmen oder mögliche Nachteile der globalen Mindeststeuer im Vergleich zur deutschen Hinzurechnungsbesteuerung mit keinem Wort erwähnt; ebenso wenig wie die Neuverteilung von Besteuerungsrechten zugunsten von Marktstaaten (Pillar 1). Es bleibt zu hoffen, dass der OECD und der neuen Bundesregierung bei der Umsetzung der Reformen nicht die nötige Konsequenz verloren geht. Eine kurze Übersicht über und eine erste Bewertung der weiteren Ankündigungen zur Unternehmensbesteuerung im Koalitionsvertrag gibt es [hier](#)

#### **Weitere Nachrichten:**

- **PwC als Steuerhinterzieher.** Große Konzerne hinterziehen keine Steuern, sie verschieben nur geschickt Gewinne, heißt es immer. Jetzt gibt es [Vorwürfe gegen PwC](#) von 2012 bis 2017, in Deutschland erbrachte Beratung über die Schweiz abgerechnet zu haben und damit Umsatzsteuer in zweistelliger Millionenhöhe hinterzogen zu haben. Eine denkbare, wenn auch brisante Erklärung: Über die Einschaltung von Schweizer Büros ließe sich möglicherweise vermeiden, dass Unterlagen zu den beratenen Steuerhinterziehern durch eine Razzia (wie die jetzige, mit 250 Ermittlern) in die Hände der deutschen Ermittler fallen.
- **Studie zu Übergewinnsteuer für Krisengewinner.** Laut einer [Studie von Dubinina, Garcia-Bernardo und Janský](#) für die Fraktion GUE/NGL im Europaparlament, haben große multinationale Unternehmen (MNU) mit Präsenz in der EU im Jahr 2020 weltweit über 360 Mrd. Euro Übergewinne gemacht. MNU mit Sitz in Deutschland haben Übergewinne von ca. 15 Mrd. Euro gemacht, ein Unternehmen, welches die Studie nicht mit Namen nennt, hat allein 60 Prozent der deutschen Übergewinne gemacht. Die Studie prognostiziert, dass eine Übergewinnsteuer von beispielsweise 50 Prozent der EU zusätzliche Steuereinnahmen von ca. 24 Mrd. Euro einbringen könnte.
- **Bekämpfung von Umsatzsteuerhinterziehung auf Amazon und eBay bringt 1,4 Milliarden anstatt 280 Millionen Pfund in Großbritannien.** In Deutschland haften Marktplätze seit 2019 für entgangene Umsatzsteuer, wenn die Umsatzsteuerregistrierung des Händlers nicht geprüft wurde, seit August 2021 gibt es sogar eine Verpflichtung zum automatischen Abgleich. Dies führte zu [tausenden Neuanmeldungen](#).
- **Oxfam Steuer-Manifest für französische EU-Ratspräsidentschaft veröffentlicht.** Darin [fordert die NGO](#) 1) eine ambitionierte Umsetzung der globalen OECD-Unternehmenssteuerreform die auch die Interessen

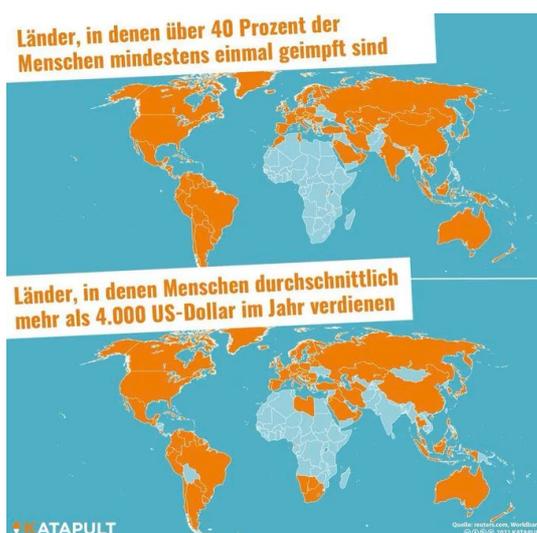
einkommensschwacher Länder berücksichtigt, 2) eine Reform der EU-Liste nicht kooperativer Länder und Gebiete, 3) Unterstützung für einen EU-Gesetzesvorschlag zur Bekämpfung des Gebrauchs von Briefkastenfirmen, der am 22. Dezember veröffentlicht wird, 4) ein auch für einkommensschwache Länder faires CO<sub>2</sub>-Grenzausgleichssystem (Carbon Border Adjustment Mechanism).

## Steuern & Entwicklung

### Globale Ungleichheit wächst

Der neue [Weltungleichheitsbericht 2022](#) ist da. In gewohnt eindrücklichen Diagrammen und Zahlen zeigt er, was die Folgen von ausbleibenden Steuerreformen sind: Das reichste Prozent hat seit 1995 ganze 38 Prozent aller Vermögenszuwächse vereinnahmt. Darüber hinaus stellt der Bericht klar: Ungleichheit ist keine Unvermeidbarkeit, sondern eine politische Entscheidung. Während sie seit 1980 in einigen Ländern spektakulär (USA, Russland, Indien) zugenommen hat, ist sie in anderen Regionen deutlich geringer gewachsen (Europa, China).

Auch in Deutschland ist die Ungleichheit laut dem Bericht hoch. Die oberen zehn Prozent verdienen verglichen mit den unteren 50 Prozent im Durchschnitt das 10-fache. Und die vermögendsten zehn Prozent der Bevölkerung besitzen 60 Prozent des gesamten Haushaltsvermögens. Die Vermögensungleichheit befindet sich in Deutschland auf einem ähnlichen Level mit anderen europäischen Ländern wie Frankreich und Großbritannien, ist aber geringer als in den USA.



Grafisch mindestens genauso eindrücklich zeigt das Katapult-Magazin die Auswirkungen der globalen Einkommensungleichheit auf die extrem unterschiedlichen Impfquoten einkommensschwacher und einkommensstarker Staaten.

Die Ampelkoalition verspricht, für Steuergerechtigkeit einzutreten, „gerade auch gegenüber dem globalen Süden“. Jenseits dieses pauschalen Bekenntnisses findet sich im Koalitionsvertrag vor allem beredtes Schweigen – zum Beispiel zur Neuverteilung von Besteuerungsrechten für Unternehmensgewinne (Pillar 1) oder zu einer stärkeren Rolle der UN bei globalen Steuerreformen. Das Global Policy Forum analysiert [in einem Briefing](#) die Aussagen des Koalitionsvertrag in

Bezug auf die SDGs und die Agenda 2030. Steuergerechtigkeit spielt zur Erreichung der SDGs eine wichtige Rolle, sowohl für Ziel 10 „Ungleichheit verringern“ als auch für Ziel 17 „Umsetzungsmittel und globale Partnerschaft stärken“. Interessanterweise werden laut Briefing die globalen Dimensionen von Ungleichheit im Koalitionsvertrag aber gar nicht erwähnt.

#### **Weitere Nachrichten:**

- **C7-Auftaktveranstaltung zur deutschen G7-Präsidentschaft.** Deutschland hätte insbesondere im kommenden Jahr im Rahmen seiner [G7-Präsidentschaft](#) die Möglichkeit, die Forderungen nach mehr globaler Steuergerechtigkeit aufzugreifen und Akzente zu setzen. Auf zivilgesellschaftlicher Ebene beginnt damit auch der Abstimmungsprozess. Bei den aktuellen C7-Konsultationen soll insbesondere der Austausch internationaler zivilgesellschaftlicher Akteure untereinander eine stärkere Rolle spielen als bisher.
- **Neues Paper zu UN Tax Body und UN Tax Convention zeigt: Inklusivität ist weder schwierig noch teuer.** In der neuen [Veröffentlichung des South Center](#) schlagen die Autoren eine *UN Framework Convention on Tax Cooperation (UN FCTC)* und eine zwischenstaatliche UN-Steuerkommission vor. Existierende Strukturen, wie das *Inclusive Framework* und das *Global Forum* könnten in eine neue UN-Struktur integriert werden und damit gleichzeitig die Finanzierung ermöglichen. Zusätzliche Kosten, z. B. für die UN-Steuerkommission würden in Relation zu der zusätzliche gewonnenen Inklusivität vergleichsweise gering ausfallen. Eine „Gruppe Williger“ Staaten könnte das Kernfunding übernehmen. Um den Reformprozess anzustoßen wird empfohlen, ein Mandat von ECOSOC oder eine Resolution der UN-Generalversammlung zu initiieren.

#### **Steuermisbrauch und Steuerverwaltung**

#### **Vorreiter in der Bekämpfung von Steuerhinterziehung?**

Als oberste Behörde für tausende Zoll- und Steuerfahnder, Betriebsprüfer und Geldwäscheaufseher ist das Bundesfinanzministerium die Schaltstelle für die Bekämpfung von Wirtschaftskriminalität – oder sollte es zumindest sein. Cum-Ex und Wirecard haben wahrscheinlich ihren Teil dazu beigetragen, dass die Ampel jetzt verspricht: „Das strategische Vorgehen gegen Steuerhinterziehung, Finanzmarktkriminalität und Geldwäsche werden wir im Bundesfinanzministerium organisatorisch und personell stärken.“ Digitalisierung und Entbürokratisierung stehen angesichts des FDP-Ministers wohl ebenfalls im Vordergrund.

Gegen Umsatzsteuerbetrug soll ein elektronisches Meldesystem für Rechnungen eingeführt werden. Bezüglich „missbräuchlicher Dividendenarbitragegeschäfte“ wie Cum-Cum nennt der Koalitionsvertrag technische Möglichkeiten wie Blockchain – wohl zur Nachvollziehbarkeit von Aktientransaktionen – und den Austausch zwischen Finanzaufsicht und Steuerbehörden. Was sich sonst noch alles ändern müsste, damit die Steuerbehörden für eine gleichmäßige und damit gerechte Durchsetzung der Steuergesetze sorgen können, haben wir [in 10 Empfehlungen](#) zur Diskussion gestellt.

In einem [ausführlichen Artikel](#) geben wir einen Überblick über den Stand der Aufarbeitung von Cum-Ex & Co. sowie die politische Verhinderung weiterer steuergetriebener Geschäfte mit der Kapitalertragsteuer. Unser Fazit: Licht und Schatten. Gerade die strafrechtliche Aufklärung mit erfolgreichen Verfahren gegen teils hochrangige Bankiers lässt hoffen, dass Cum-Ex eine Zäsur im Hinblick auf Verantwortung innerhalb der Finanzbranche für kriminelle Handlungen sein kann. Kürzlich scheiterte auch der letzte Versuch der Warburg-Bank, das erste vom Bundesgerichtshof bestätigte Cum-Ex-Urteil durch eine [Verfassungsklage](#) noch zu revidieren. Zudem wird der Cum-Ex-Hintermann Hanno Berger nun wohl definitiv aus der Schweiz nach Deutschland ausgeliefert werden – denn auch die [Entziehung seines Reisepasses](#) wurde nun vom Verwaltungsgericht Berlin als rechtsgültig festgestellt (Revision möglich).

Andererseits ist es ein Skandal im Skandal, dass weiterhin Mutationen der mittlerweile verbotenen Cum-Ex- und Cum-Cum-Modelle möglich sind und den deutschen Fiskus weiterhin belasten – und das Bundesfinanzministerium wohl weiterhin das Ausmaß des Problems gar nicht erst kennt. Der Finanzprofessor Christoph Spengel hat seine Schätzung von Steuerschäden durch Cum-Cum aus dem Jahr 2016 von 24,6 auf [28,5 Milliarden Euro](#) nach oben korrigiert (jetzt 2000–2020), die Schäden durch als Cum-Fake bekannt gewordene Geschäfte schätzt er auf [224 Millionen](#) seit 2009.

#### Weitere Nachrichten:

- **Herbe Schlappe für Schweizer Staatsanwaltschaft** in ihrem Verfahren gegen Cum-Ex-Whistleblower wegen Ausspionierens von Bankgeheimnissen, u. a. gegen den für die Aufklärung zentralen deutschen Rechtsanwalt Seith. Die I. Strafkammer des Obergerichts Zürich [entschied](#), dass die von dem StA Peter Giger aufgenommenen Beweise nicht verwendet werden dürfen, da ein Anschein der Befangenheit bestehe.
- **Cum-Cum wird kaum aufgearbeitet**. Die Möglichkeit, alte Cum-Cum-Fälle aufzuarbeiten, die seit der BMF-Schreiben vom 9. Juli 2021 gegeben ist, wird zumindest in Hamburg noch nicht genutzt, wie eine [Große Anfrage](#) zeigt. Das lässt auch für andere Finanzverwaltungen nichts Gutes erahnen.
- **Möglicherweise engerer Cum-Ex-Kontakt zwischen Scholz und Tschentscher**. In [Hamburg](#) zeigen neue Unterlagen, dass Olaf Scholz einen Tag bevor er dem Warburg-Miteigentümer Olearius mitteilte, er solle sein Argumentationspapier zu Cum-Ex kommentarlos an

Finanzsenator Tschentscher schicken, mit ebendiesem telefoniert hatte.

- **Einige Bundesländer verschleppen die Aufarbeitung der Panama Papers** und anderer Leaks, während das BMF weder koordinierend noch mit Erfolgskontrollen eingreift. Zu diesem Ergebnis kommt der Bundesrechnungshof in seiner [Bemerkung 38](#) (S. 295).
- **Internationale Steuerkooperation in Form von Gruppensuchen wirkt.** Daten zu AirBnB-Vermietungen in den Jahren 2012–2014 haben allein in Berlin zu [400 Verfahren bei der Steuerfahndung und 130 Selbstanzeigen](#) geführt. Die Einkünfte durch Vermietungen wurden nämlich nicht immer beim Finanzamt angezeigt.
- **Steuersparen durch Hobbys?** ProPublica zeigt, dass in den USA kostspielige Hobbys wie Pferdezucht systematisch genutzt werden, um [durch Verlustrechnung über mehr als ein Jahrzehnt keine Einkommensteuer zu zahlen](#). Zwar gibt es gesetzliche Einschränkungen, wie auch in Deutschland Verluste durch solche Unternehmungen wegen „Liebhaberei“ aberkannt werden, aber die US-Steuerbehörde IRS scheint in vielen Fällen nicht genau hinzugucken.

### Hörtipps:

- Podcast Wirtschaftsfragen: ["Tax the Rich"](#), von Lukas Scholle & mit Martyna Linartas. Direktlink zu Spotify [hier](#)
- Podcast SWR2 Wissen: ["Geldwäsche-Paradies Deutschland - Warum versagt der Staat?"](#), von Beate Krol

### Termine:

- **16.12.2021:** "First African Fiscal Policy Forum, Inequalities in Taxing Rights", Online-Meeting. Mehr Infos [hier](#)

Wir haben noch viel vor – unterstütze uns dabei!

**Hat Dir der Newsletter gefallen? Teile ihn!**



## **Netzwerk Steuergerechtigkeit**

Weidenweg 37, 10247 Berlin  
-----

Wenn Sie für den Newsletter angemeldet sind, erhalten Sie einmal im Monat eine Mail von uns. Wenn Sie nicht angemeldet sind, erhalten Sie nur ausgewählte Emails.

Hier können Sie sich in beiden Fällen abmelden